

Elisabeth Kübler, Europäische Erinnerungspolitik. Der Europarat und die Erinnerung an den Holocaust, transcript, 2012, 280 Seiten, ISBN 978-3-8376-1787-0, 32,80 €.

Wie erinnert sich Europa an den Holocaust? Gibt es so etwas, wie eine „europäische Holocaust-Erinnerungspolitik“? Die Autorin stellt sich der Frage allerdings weniger – wie man auf den ersten Blick vermuten könnte – am Beispiel der Europäischen Union, sondern untersucht den 1949 gegründeten Europarat. Hier sind nicht die Haltungen *des Rates* Gegenstand der Untersuchung, sondern vielmehr die Positionen *im* Europarat. Somit bildet sie die Debatten um erinnerungspolitische Inhalte vor dem Hintergrund der jeweils vorherrschenden Europa-Konzeptionen und Europa-Vorstellungen ab und zeigt damit einen höchst spannenden Rahmen auf. Erinnerungspolitik ist in dieser Perspektive notwendigerweise transnational gedacht, was dem Charakter des Holocaust als transnationales Ereignis Rechnung trägt. Europäische „Citizenship“ wird als Kern der Holocausterinnerungspolitik identifiziert. Diesen doppeldeutigen Begriff führt die Autorin konsequenterweise auf Englisch ein, um so die Bedeutungen „Staatsbürgerschaft“ und „Bürgerschaft/bürgerschaftliche Haltung“ beizubehalten. Trägt das?

Mit der transnationalen Perspektive reiht sich Elisabeth Kübler bewusst in die Theorielinie der „Zweiten Moderne“ und des Kosmopolitismus ein. Dies ist angesichts der Tatsache, dass immer weniger Zeitzeugen noch leben und daher sich die Holocausterinnerung zunehmend vom tatsächlichen historischen Ereignis löst, durchaus berechtigt. Dass sich nicht jede Nation in Europa in ein einfaches Opfernation/Täter-

nation-Schema pressen lässt, liegt auf der Hand. Und dennoch hat die Holocaust-Erinnerung für den europäischen Erinnerungsraum durchaus eine konstitutive Bedeutung. Tony Judt sprach davon, dass die Anerkennung des Holocaust die „Eintrittskarte“ für Europa geworden sei, in Analogie zum „Acquis communautaire“ bezeichnete Konrad Jarausch die Holocaust-Erinnerung als „Acquis historique“. Und kaum ein Opfer-Diskurs in der Öffentlichkeit kommt ohne mehr oder weniger explizite Verweise auf den Holocaust aus.

Die Studie basiert in erster Linie auf einer umfangreichen Auswertung publizierten Materials aus dem Umfeld des Europarates, ergänzt um Gespräche mit politischen Entscheidern. Diese Auswahl mutet etwas eklektizistisch an, zumal die Autorin selbst zugibt, dass die Interviewpartner „nach dem Schneeballprinzip“ vermittelt wurden. Ebenso wenig differenziert wird zwischen Gesprächen mit Politikgestaltern und Analysten, wie Politikwissenschaftlern. Als methodischer Kompass durch den Quellschlingel wird die „Grounded Theory“ genannt. Es ist bedauerlich, dass in den „begrifflichen Klärungen“ zwar „Holocaust“, „Erinnerung“ und „Europa“ ausgeführt werden, man erläuternde Ausführungen zur Methodik aber vermisst. Insgesamt sind die Begriffe etwas unterbestimmt. Die Auseinandersetzung um den „Holocaust“ zeichnet die Autorin lediglich anhand der Positionen von Yehuda Bauer und Raul Hilberg sowie einigen Gesprächsverweisen nach und verkürzt damit die

Debatte um eine reine Auseinandersetzung über die Opfer. Zudem: Dass Holocaust-Leugnen inhärent antisemitisch ist, hat nicht erst *Manfred Gerstenfeld* herausgestellt. Auch die Vermessung des Konzepts der „Erinnerung“ fällt sehr cursorisch aus. Zwar nennt die Autorin den Namen *Aleida Assmann*, eine inhaltliche Auseinandersetzung bleibt allerdings aus. Während die begrifflichen Erläuterungen nur wenige Seiten ausmachen, werden Geschichte und Arbeitsweisen des Europarates intensiver erläutert.

Wo also konnte der Europarat eigene erinnerungspolitische Maßnahmen setzen? Es ist vor allem das Feld der „Holocaust-Education“, des pädagogischen Umgangs mit der Erinnerung an die Shoah. In der Form von Lehrerfortbildungsmaßnahmen, Bildungsministerkonferenzen und ähnlichem hat der Europarat seit den 1980er Jahren, spätestens seit der anschließenden Dekade ein eigenes und durchaus ambitioniertes Programm zur Erinnerung an den Holocaust betrieben. Institutionell angesiedelt ist diese Politik im für Bildungs- und Kulturfragen zuständigen Generaldirektorat 4 des Europarates. Unter dem Namen „Teaching Remembrance“ werden Holocaust-Erinnerung und Europa-Pädagogik hier zusammengeführt.

Es ist das Verdienst der Studie, detailliert und auf hohem Niveau über die institutionalisierten Maßnahmen der Holocaust-Erinnerungspolitik im Umfeld des Europa-

rates zu informieren. Es sind dies in erster Linie Maßnahmen, die der „Holocaust-Education“ zuzurechnen sind. An mancher Stelle hätte man sich als Leser mehr Klarheit gewünscht (die begrifflichen Klärungen zu Beginn der Studie sind sehr cursorisch ausgefallen), an anderer Stelle etwas mehr Stringenz und Konzentration auf die eigentliche Fragestellung. Warum bei einer etwa 200 Seiten starken Studie zum Europarat beinahe 60 Seiten für die Holocaust-Erinnerungen in der Europäischen Union und anderen europäischen Institutionen verwandt werden, ist nur bedingt nachzuvollziehen. Die historische Forschung hat nicht nur angefangen, sich auch der anderen Seite des Holocaust zuzuwenden und im deutschen Raum vor allem in der institutionellen Gestalt der Sonderforschungsstelle zur Erforschung der NS-Verbrecher in Ludwigsburg intensive Täterforschung betrieben. Trotz international aufsehen erregender Studien (*Christopher Browning* oder das nicht ganz unkritisch zu sehende Buch von *Daniel J. Goldhagen* wären an erster Stelle zu nennen) zu NS-Tätern hat das keinen Niederschlag in den erinnerungspolitischen Maßnahmen des Europarats gefunden. Dies ist für die Gründungsphase des Europarats durchaus nachvollziehbar, doch haben sich die Zeiten gewandelt. Es ist also noch viel zu tun im Bereich der Erinnerungspolitik.

Philipp Menger